(Fortsetzung von der 1. Seite)

[...]ländische Geschäfte zu erledigen. Die Kölnische Zeitung benutzt diese Gelegenheit, den deutschen Kapitalisten nunmehr zu sagen: „Kinder, macht keine Dummheiten, damit wir uns nicht, wenn es zu spät ist, den Schaden besehen müssen."

Zweifellos ist die Mahnung der Kölnischen Zeitung namentlich an den sogenannten „Russenausschuß" deutscher Firmen unter Führung des berüchtigten sächsischen Industriellen Dr. Kremer gerichtet. Dieser Mann ist bestrebt, einen Zusammenschluß der deutschen Lieferanten für die Sowjetunion herbeizuführen zu dem Zweck, durch ein „Gegengewicht" gegen das Außenhandelsmonopol der UdSSR Monopolpreise für deutsche Lieferungen zu erzwingen. Er muß allerdings erfahren, daß sein Streben eine Utopie ist, ebenso wie alle bisherigen Versuche der Bourgeoisie, gegen das Außenhandelsmonopol zu Felde zu ziehen. Die Sowjetmacht hat dieses Bollwerk gegen die kapitalistische Umwelt geschaffen, um sich vor dem zersetzenden Einfluß der bourgeoisen Agenten zu sichern, und um den Ausplünderungsbestrebungen der Kapitalisten, die im direkten Verkehr mit dem Dorf bestimmte Erfolge zeitigen würden, einen Riegel vorzuschieben. Es ist ganz klar, daß die Sowjetmacht durch weitere Festigung des Außenhandelsmonopols stärker sein wird als Herr Dr. Kremer und die hinter ihm stehenden Kreise.

Die KPD tritt, weil die Interessen der deutschen Arbeiter auf das engste mit dem sozialistischen Aufbau verbunden sind, selbstverständlich für die Erhöhung der Ausfallgarantie zur Hebung des deutsch-russischen Güterverkehrs ein. Jede neue Sowjetfabrik, jeder neue Traktor für die Sowjetkollektive stärken die Festung der Weltrevolution, steigert die ökonomische und politische Macht der Sowjets und sind ein Schritt vorwärts im sozialistischen Aufbau und zur Weltrevolution. Auch von den besonderen Interessen der deutschen Arbeiter geleitet, fordert die KPD die weitere Erhöhung der Ausfallgarantie, weil sie für jede Möglichkeit, Arbeit und Brot zu beschaffen, eintritt. Jede Illusion über die Bedeutung der so geschaffenen Arbeitsmöglichkeit würde jedoch schädlich sein. Natürlich bringt das „Russengeschäft" allein noch keine Lösung aus der katastrophalen Arbeitslosigkeit in Deutschland. Sie kann nur das Resultat des revolutionären Umsturzes, der Durchführung einer sozialistischen Planwirtschaft sein.

Die Arbeiter der Betriebe, die Aufträge für die Sowjetunion ausführen werden, müssen den Kampf um die Forderungen der RGO, auf Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit mit der Unterstützung des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion verbinden. Vor allem werden sie jeden Versuch der Kapitalisten, durch Herstellung von Schundware für den Export nach Rußland, das Vaterland aller Arbeiter, zu schädigen, offen brandmarken. Kein Arbeiter wird mehr dulden, daß die Ausbeuter die Sowjetmacht begaunern, wodurch einmal der sozialistische Aufbau sabotiert und auch eine Abwanderung der Aufträge eintreten wird. Nur dadurch, daß der Kampf der Arbeiter im allgemeinen Interesse des Proletariats am sozialistischen Aufbau mit den besonderen Interessen auf Verbesserung der eigenen Arbeitsbedingungen verbunden wird, können Erfolge erzielt werden. Das russische Proletariat hat mit Einführung des Siebenstundentages bei fortgesetzt steigenden Löhnen die Arbeitslosigkeit liquidiert, während die deutsche Bourgeoisie durch ihre Bankrottpolitik die Arbeitslosigkeit zur Katastrophe steigert, die selbst durch die Steigerung des Exportes nach der Sowjetunion nicht gemildert wird.

Gegenüber dem Höllenstrudel des kapitalistischen Verfalles ist die Sowjetunion das einzige Land, das immer neue Arbeitskräfte in die Produktion hineinzieht, das außer den zusätzlichen Millionen Arbeitern in Rußland auch für viele tausende Arbeiter in den kapitalistischen Ländern Arbeit und Brot gibt. Diese Tatsache ist der beste Beweis für die sieghafte Ueberlegenheit des Sowjetsystems über den bankrotten Kapitalismus und zeigt, welch arme Schächer doch jene sind, die mit Demagogie über die Wirklichkeit täuschen wollen. All die Killingers und Abels sind nicht in der Lage, die Dissonanz in ihren Lobgesängen für den Kapitalismus durch raffinierte Tricks zu entfernen.

Es würde ein großer Fehler sein zu glauben, daß durch Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen der kapitalistischen Länder zu der Sowjetmacht die Interventionsgefahr abgeschwächt würde. Das Gegenteil ist richtig. Mit der Erweiterung des Sowjetmarktes und dem stürmisch wachsenden Reichtum der Sowjetunion, bei gleichzeitig zunehmendem Bankrott des Kapitalismus wird die Bande sich wie hungrige Wölfe auf das Land des Aufstieges stürzen, um irgendeinen Happen für sich zu erbeuten. Deshalb heißt es für alle Arbeiter: Verstärkter Angriff gegen die Bourgeoisie, umfassende Kampagne gegen den Faschismus, Entfesselung der Volksrevolution gegen den verfaulenden Kapitalismus, um so den Weg für den Aufstieg der Werktätigen in Deutschland gleichfalls zu bahnen.

Erwerbslose! Sie beschwindeln euch!

92

Arbeitsdienstpflichtverhandlungen im Reichsarbeitsministerium

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen der Unternehmerverbände und der sozialdemokratischen, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsführer über die Einführung der Arbeitsdienstpflicht statt. Ueber diese Besprechungen wird die irreführende Mitteilung verbreitet, von den Unternehmern und Gewerkschaftsführern sei die Arbeitsdienstpflicht abgelehnt worden. In Wirklichkeit wurde nur über die sofortige Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht entsprechend der früheren Wehrpflicht für einen bestimmten Altersjahrgang der Jugendlichen beraten. Gegen diesen Plan sprachen sich sowohl die Regierungsvertreter als auch die Vertreter der Gewerkschaften und der Industriearbeitsgemeinschaft aus.

Die Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung und Einführung der Zwangsarbeit für Erwerbslose, sowie die verschiedenen bereits vorbereiteten Maßnahmen auf teilweise Einführung der Arbeitsdienstpflicht für jugendliche Erwerbslose wurden ausdrücklich von der Beratung ausgeschlossen. Diese Pläne wurden auch nicht abgelehnt, sondern im Gegenteil: die Unternehmer und Gewerkschaftsführer gaben zum Schluß der Beratung „dem Wunsch Ausdruck, daß das Reichsarbeitsministerium auch weiterhin der Fürsorge für die jugendlichen Erwerbslosen seine besondere Aufmerksamkeit angedeihen lassen möchte".

Bemberg-Proleten im Streik

Rapide Streikausdehnung in Wuppertal

Wuppertal, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Streikfront in der Textilindustrie hat sich am Montag erneut verbreitert. Insgesamt sind heute 32 Textilbetriebe im Streik. Da noch eine große Anzahl von Versammlungen stattfinden, in denen zur Lage Stellung genommen wird, ist mit einer noch größeren Verbreiterung der Streikfront zu rechnen. Heute beginnt der Kampf in der Seidenfabrik Bemberg. Die 1800 Männer und Frauen zählende Belegschaft tritt heute in den Streik gegen Lohnraub. Die Firma organisiert bereits den Streikbruch.

Am Sonntag fand in Solingen eine große Versammlung des Solinger Bezirks statt, in der beschlossen wurde, die Losungen der zentralen Streikleitung durchzuführen. Heute sind daraufhin in zahlreichen Heimarbeiterbetrieben die Arbeiter in den Streik getreten. Trotz gesteigerten reformistischen Terrors und Lügenhetze verbreitert sich die Kampffront weiter.

Roter Bergarbeiterverband in O.-S.

Hindenburg, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Sonntag fand bei Anwesenheit von mehreren hundert Schachtdelegierten die Gründung des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Oberschlesien, statt. Neben den Delegierten waren viele Gäste anwesend, darunter auch zahlreiche Frauen, die sich aktiv an der Debatte und den Arbeiten der Konferenz beteiligten.

Die Konferenz wurde durch Telegramme der Schachtdelegiertenkonferenz des Ruhrgebiets und der Konferenz revolutionärer Eisenbahner begrüßt. Im Auftrag des Zentralkomitees der KPD zeigte Genosse Kreuzburg die politische Bedeutung des oberschlesischen Streiks und die Gründung des Roten Bergarbeiterverbandes... Unter stürmischer Begeisterung der Delegierten wurde die Gründung des Roten Bergarbeiterverbandes beschlossen und alle Kommissionen gewählt.

Eisenbahnerbürokratie organisiert Stoßtrupps gegen die RGO

Dresden, den 13. Januar.

Gestern fand die Betriebsversammlung des RAW Dresden-Friedrichstadt statt, in der der bekannte Sozialfaschist Hillbrecht referierte. Da er den Eisenbahnern nichts zu sagen wußte, den Verrat der Bürokratie verschwieg, war seine ganze Rede eine niederträchtige Hetze gegen die RGO und die Arbeiterstimme.

Als Genosse Siegel das Wort verlangte, setzte der von den Reformisten organisierte Stoßtrupp mit einem unerhörten Gebrüll ein. Doch der Vertreter der RGO sprach, und von den Peitschenhieben seiner Ausführungen getroffen, schwieg die organisierte Meute.

Die Reformisten Vogel und Hillbrecht vermochten nicht im geringsten ihren Verrat zu widerlegen, und man sah es den Gesichtern der Proleten an, daß sie selbst erkannten, daß sie elend verraten werden.

Eine Entschließung wagte die reformistische Bürokratie nicht mehr vorzulegen. Als Genosse Siegel noch einmal das Wort verlangte, gab es ihm die Bürokratie nicht.

Ein neues Opfer der braunen Mordpest

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

In dem Dorfe Marzahn bei Berlin hat in der Nacht vom Sonntag zum Montag ein Nazi in einem Lokal einen kommunistischen Arbeiter niedergeschossen, so daß dieser lebensgefährlich verletzt wurde. Der Nazi wurde verhaftet. Bei der polizeilichen Vernehmung gab er an, in Notwehr gehandelt zu haben. Es sind aber genügend Zeugen dafür vorhanden, daß es sich hier um einen planmäßigen Mordanfall des Nazis handelt.

Proteststurm gegen Kriegsfilm

Leipzig, den 13. Januar.

Am Sonntag mußte in den Leipziger Lichtspielhäusern die Vorführung des Films „Der Weltkrieg, wie er wirklich war", abgebrochen und den Besuchern das Geld zurückgezahlt werden, weil kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter in einheitlicher Front gegen diesen verlogenen Hetzfilm protestierten. SPD-Fleißners Ueberfallkommando war hilflos gegen den Massensturm.

Größter Sportverein Europas!

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Vereine und Sparten der Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit Groß-Berlins hatten ihre Delegierten zur Gründungsversammlung des Vereins „Arbeitersportverein Fichte, Berlin" gesandt. Im großen Mustersaal waren über 1000 Delegierte versammelt, die nach eingehender Beratung des Statuts die Gründung des zentralen Vereins, des größten Sportvereins Europas, vornahmen. Dem Verein gehören 25 000 Mitglieder an.

6 Prozent Lohnraub an den Gemeindearbeitern beschlossen!

Dresden, den 13. Januar.

Am Montagnacht wurde in dem Lohnkonflikt der sächsischen Gemeindearbeiter ein Schiedsspruch gefällt, der einen sechsprozentigen Lohnraub vorsieht. Gemeindearbeiter, nehmt sofort Stellung! Lehnt den Lohnraubschiedsspruch ab! Streikt gegen jeden Pfennig Lohnabzug!

Delegierter zum Kampfkongreß

Reichenau(?). In einer am Sonnabendabend stark besuchten öffentlichen Versammlung, in der Genosse Knobt über das Thema „Quer durch Rußland" sprach, wurde ein Delegierter zum Kampfkongreß gewählt.

Entreißt sie dem Faschismus!

6 Millionen Angestellte, Beamte = 6 Millionen Ausgebeutete!

Die Alarmwoche der Partei für eine zielbewußte Arbeit unter den Beamten und Angestellten sowie unter dem Nachwuchs dieser Kategorie der Werktätigen hat begonnen. Ueberall muß die Erkenntnis durchdringen, daß diese Arbeit ein wesentlicher Bestandteil, eine wesentliche Aufgabe des Kampfes gegen den Faschismus ist.

Um die Jahrhundertwende nahmen die Angestellten und Beamten noch eine Zwitterstellung zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft ein. Eine Unzahl kleiner und mittlerer Wirtschaftsbetriebe verteilte das Kapital auf sich, und der Konkurrenzkampf der Unternehmer erforderte zwangsläufig ein gutgeschultes Personal. Mit zunehmender Monopolisierung der kapitalistischen Wirtschaft stieg zwar die Zahl der Angestellten ganz erheblich, gleichzeitig verringerte sich aber ihre Qualifikation. Die Anforderungen an gründliches Wissen wurden immer geringer, oft war dieses im rationalisierten Produktionsprozeß direkt ein Hindernis für die Bewältigung des mechanisierten Arbeitspensums. An Stelle qualifizierter, selbständig denkender Angestellter wurde und wird immer mehr ein Heer angelernter Kräfte beschäftigt. Hieraus und aus der falschen Tarifpolitik der reformistischen und reaktionären Angestelltengewerkschaften erklärt sich auch der große Anteil älterer Angestellten und Beamten an der Masse der Erwerbslosen (z. Z. zirka 450 000). Die Herabsetzung der Anforderungen an die Qualifikation der Angestellten ergab in der kapitalistischen Wirtschaft zwangsläufig ein erhebliches Sinken der Durchschnittsgehälter, die heute unter dem Durchschnittseinkommen eines gelernten Arbeiters liegen. Ein großer Teil [illegible] Angestellten [illegible] Monatsgehälter, die den [illegible] eines gelernten Arbeiters nicht erheblich übersteigen. [illegible]

mit ihrer Berufsausbildung so gut wie nichts zu tun haben. Nach 3- bis 4jähriger „Ausbildung" fliegen diese Lehrlinge auf die Straße und finden sich im Heer der arbeitslosen Angestellten wieder.

Durch die Rationalisierung vergrößert sich auch das Heer der arbeitslosen Angestellten um Hunderttausende, nicht zu vergessen die große Zahl der abgebauten Beamten. Gedrückt wird die Lage der Angestelltenschaft durch die Tarifpolitik der Angestelltengewerkschaften, die insbesondere durch die Vereinbarung niedrigerer Gehälter für weibliche Angestellte den männlichen Angestellten eine Arbeitsmöglichkeit nach der anderen nahmen, die weiblichen Angestellten dabei aber der Ausbeutung durch den Unternehmer in schamlosester und willkürlichster Form und bei niedrigster Entlohnung ausliefern. Vor allem die weiblichen Beamten und Angestellten der Reichs- und Länderbehörden sind durch miserable Entlohnung und reaktionäre Bestimmungen zu Menschen zweiter Klasse, zu rechtlosen Arbeitstieren herabgewürdigt.

Die Sonderstellung der Angestellten und Beamten ist, was die unteren und mittleren Gehaltsschichten anbelangt, beendet. Sie selbst erkennen z. T., daß sie Angehörige der proletarischen Klasse sind.

Die Ideologie der Angestellten und Beamten, die noch um die Jahrhundertwende als die „Unteroffiziere des Kapitalismus" bezeichnet werden konnten, war naturgemäß eine durchaus kleinbürgerliche. Ja, zum großen Teil waren die Interessenvertretungen der Angestellten, die Angestelltengewerkschaften, rein kapitalistisch orientiert und sind z. T. heute noch in gleicher Verfassung. Aus der kleinbürgerlichen Ideologie der Angestellten und Beamten heraus erklärt sich auch deren Widerstand gegen die fortschreitende Proletarisierung ihres Berufsstandes. Materiell kann die vollzogene Proletarisierung ihres Berufsstandes nicht mehr abgestritten werden. Die Angestellten fühlen sich mehr oder weniger bewußt bedroht durch die Erscheinungen des Monopolkapitalismus: Konzerne, Truste, Warenhäuser, Kartelle usw. Sie scheinen sich aber, die Verhältnisse auf einen entwicklungsbedingten Rückgang hin zu betrachten; ihr Ruf geht dahin: bringt uns die alten Zeiten zurück! Sie glauben, das Rad der Weltgeschichte zurückdrehen zu können; sie lassen ihrer sozialen Stellung nach nicht politische Einsicht folgen. [illegible] haben die Nazis den Ruf der Angestellten und Beamten nach früheren Zeiten politisch ausgenutzt und mit größter Demagogie den Angestellten und Beamten „berufsständische Verbesserungen" versprochen ... und einen „Sozialismus", der nicht an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung rührt. Daß sich die Angestellten von diesen [illegible] einfangen ließen, beweist die große Zahl der Nazi-[illegible] und der Umstand, daß sich die NSDAP immer mehr zur [illegible] entwickelt. [illegible]

[illegible] nimmt, trägt sozialistischen Anstrich. Das zu erkennen ist für uns außerordentlich bedeutungsvoll. Beweist es uns doch, daß die kleinbürgerliche Ideologie der 6-Millionen-Schar der Angestellten und Beamten im Wanken ist, einem neuen Denken Platz zu machen, und uns den Weg zur revolutionären Beeinflussung dieser Proletariermassen öffnet.

Dem „wie?" gelten die Anstrengungen der Alarmwoche. In erster Linie muß eine breite Aufklärungsarbeit einsetzen, die den Angestellten und Beamten die verlogene Demagogie der Faschisten vor Augen führt. Die Tatsache, daß in den faschistisch regierten Ländern die Krise des Kapitalismus nicht zu bannen, die Verelendung und die Entrechtung der werktätigen Massen nicht aufzuhalten war, muß zu einer Entwaffnung der Argumente des Faschismus in Deutschland dienen. Der nächste Schritt der Mittelschichten führt zur Proletarisierung des Denkens, d. h. zur Erziehung des Denkens und Handelns dieser Schichten im Sinne des Klassenkampfes mit dem Ziel der Verwirklichung des Sozialismus durch Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Ein wesentliches Hindernis auf diesem Wege sind die sozialfaschistischen und reaktionären Angestelltengewerkschaften. Mit dem bürgerlichen Staatsapparat verwachsen, setzt die Bürokratie dieser Gewerkschaften alle Kräfte in Bewegung, um die Angestellten und Beamten von einem ihrer wirtschaftlichen Lage und sozialen Stellung in der kapitalistischen Gesellschaft entsprechenden Denken abzubringen. Die vermorschten und verlogenen, aber für die Angestellten und Beamten bequemer zu verdauenden Versprechungen der Faschisten finden direkt und indirekt ihre Unterstützung. Mit allen möglichen und unmöglichen Phrasen wird versucht, die Hirne der Angestellten und Beamten zu verkleistern, sie als willfährige Objekte der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu erhalten.

Da gilt es anzusetzen. Kein Arbeiter hat ja [illegible] wenig marxistisches Wissen, so wenig dialektische Ueberlegenheit, um nicht mit Hilfe harten Tatsachenmaterials die Gründe des Faschismus als das zu kennzeichnen, was sie sind: als Instrument für die Ziele des Monopolkapitalismus: verschärfte Ausbeutung unter verschärftem blutigem Terror. Es muß mit allen Kräften verhindert werden, daß die ideologische Verwirrung, die die Faschisten in den Hirnen der Angestellten und Beamten anrichten, dazu führt, daß sich diese als Blutriegen in den Dienst der Drohnen des Kapitalismus — ihrer Feinde — und deren Trabanten, der SPD- und freien Gewerkschaftsbonzen, stellen lassen zur Niederschlagung der revolutionären Arbeiterschaft. Es muß verhindert werden, daß die Angestellten und Beamten unter faschistischem [illegible] zu spät einsehen und erkennen, wem sie Vorschub und Hilfsdienste geleistet haben. Die Alarmwoche ist für die Partei der Anfang einer unermüdlichen Arbeit unter den Angestellten, Beamten und den jüngeren Angehörigen dieser Mittelschichten der werktätigen Bevölkerung. Ein Kampf um die Zertrümmerung des Faschismus. 6 000 000 Angestellte und Beamte = 6 Millionen Ausgebeutete = 6 000 000 Proletarier.

Entreißt sie dem Faschismus!

SLUB
Wir führen Wissen.